

KOMMENTARE

Die Sprache der Politiker

Dem Volk aufs Maul geschaut

VON
DAVOR CVRLJE

Politikern wird zu Recht vorgeworfen, dass sie zuweilen mit ihrer Sprache reale Probleme verschleiern, kleinfreden oder auch überhöhen. Je nach Interessenlage. So ist etwa immer wieder vom Dublin-II-Verfahren die Rede oder von einem subsidiären Schutz, den man bekommt oder nicht. Dahinter steckt der Umgang mit real existierenden Menschen, in diesem Fall Flüchtlingen. Insofern ist es zu begrüßen, wenn Politiker eine Sprache pflegen, die von allen verstanden wird. Andrea Nahles hat das offenbar falsch verstanden. Nach der Wahl zur neuen SPD-Fraktionschefin hat sie in der Opposition eine härtere Gangart gegenüber der CDU angekündigt und gesagt, »dann gibt es auf die Fresse«. Das ist ordinär und passt weder zum Anlass, noch zum Wortschatz einer Ex-Bundesministerin. Insofern ist die heftige öffentliche Kritik an der Ausdrucksweise der SPD-Politikerin angebracht.

Dennoch ist Andrea Nahles deshalb nicht automatisch eine Populistin. Denn Populisten wie AfD-Politiker Alexander Gauland wählen unpassende Begriffe wie »entsorgen«, für den Umgang mit einer Deutsch-Türkin, aus politischem Kalkül. Sie wollen damit Ressentiments gegen Minderheiten schüren, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aufhetzen oder einfach nur Aufmerksamkeit. Nahles hingegen hat einen missglückten Scherz gemacht, mehr nicht. Das ist ärgerlich, aber dahinter verbirgt sich keine politische Absicht. Sie ist deswegen keine Populistin. Wer das sagt, möchte bewusst die Grenzen zu den echten Populisten verwischen.

Insofern ist Martin Luthers Ratschlag immer noch aktuell. Es lohnt sich nicht nur dem Volk, sondern auch den Politikern aufs Maul zu schauen. Dann erkennt man die Absichten.

davor.cvrlje@gea.de

Personaldebatte bei der SPD

Neuaufbau mit Tücken

VON
DIETER KLING

Die SPD wäre nicht die SPD, wenn sie nach dem Scherbenhaufen vom Sonntagabend nicht gleich wieder Personaldebatten führen würde. Muss Martin Schulz weg? Gerade durchlebt er einen schleichenden Machtverlust. Andrea Nahles ist die neue starke Frau, das neue Machtzentrum der Partei. Es nützt den Genossen auch nichts, auf die noch größere Wahlverliererin, die Union (minus 8,6 Prozent!) zu verweisen. Diese steckt das Ergebnis auch nicht ohne Weiteres so weg – auch wenn die stoische Kanzlerin so tut, als sei am Wahlabend nichts Dramatisches geschehen.

Natürlich sind »ungebetene Ratschläge« früherer Spitzen-Sozis unangebracht, aber die Einlassungen von Gerhard Schröder, Franz Müntefering und Klaus von Dohnanyi geben nur dem Ausdruck, was in der Partei ohnehin gegrummelt wird. Schulz hat einen sehr engagierten Wahlkampf geführt, aber er hat inhaltlich nicht überzeugt. Von vielen innenpolitischen Themen hat der Europapolitiker wenig Ahnung. Die Wörter »Gerechtigkeit« und »Respekt« rief er tapfer und unentwegt, aber das war noch keine zündende Idee, die ihn ins Kanzleramt führt.

Schulz wird in der Partei geschätzt. Er rieb sich für sie auf, pflegte einen kollegialen Führungsstil. Insofern ist sein Scheitern tragisch. Das Szenario läuft seit dem Wahlabend so, dass er beim angestrebten Neubeginn stört. Die SPD weiß aber, dass es nicht genügt, nur das Personalkarussell zu drehen. Sie muss sich selbst und den anderen klarmachen, wofür das Modell Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert steht. Das ist die schwierigere Aufgabe.

politik@gea.de

INTERVIEW Politikberater Weidenfeld vermisst statt des Krisenmanagements eine Konzeption für das künftige Europa

Europa fehlt der strategische Entwurf

DAS GESPRÄCH FÜHRTE JÜRGEN RAHMIG

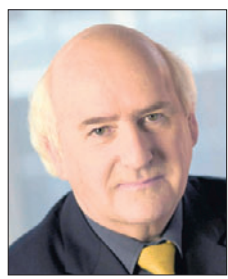
MÜNCHEN/REUTLINGEN. Die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für Europa sind Ansätze, um die »strategische Sprachlosigkeit Europas« zu überwinden. In dem Weckruf, den der »schlicht unberechenbare« neue US-Präsident in Europa ausgelöst hat, sieht der Direktor des »Centrums für angewandte Politikforschung«, Professor Dr. Werner Weidenfeld, einen Reifungsprozess für die Europäer.

GEA: Europa tuckert vor sich hin. Es fehlt der große Wurf, ein Aufbruch zu neuen Ufern, ein strategisches Ziel, das die Menschen für Europa begeistert. Wie geht es weiter?

Werner Weidenfeld: Sowohl Macron wie auch die Junckerrede sind Antworten auf die strategische Sprachlosigkeit in Bezug auf Europas Zukunft. Wir machen Krisenmanagement, aber wo ist da ein strategischer Entwurf? Natürlich spüren diese Spitzenpolitiker auch, dass die Leute eine Sehnsucht danach haben. Ich will als Deutscher und Europäer doch mehr wissen als nur, ob ich für eine Kindertagesstätte 20 Euro mehr oder weniger zahlen muss. Ich will wissen, wie diese Gesellschaft und wie diese Welt in fünf bis zehn Jahren aussieht und auf was man sich einstellen muss. Die Kommission hatte vor einigen Monaten ihr Weißbuch vorgelegt, das aber keine Strategie geboten hat, sondern nur fünf mögliche Szenarien – und das alles in einer Art Prosasprache. Das war keine Antwort darauf.

Juncker und Macron haben eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Sie alle sind nicht neu.

Weidenfeld: Jetzt haben wir mit der Junckerrede zur Lage der Union und mit Macrons Vorschlägen einen Versuch.



Werner Weidenfeld hat viele Jahre lang die Bundesregierungen beraten.

Wenn man sich das genauer anschaut, könnte man sagen, das sind Versuche, die könnten aber klüger ausfallen. Die Junckerrede hat 20 Vorschläge, was man so alles machen könnte. Wenn sie eine Strategie entwickeln, müssen sie Prioritäten setzen, sie müssen sich konzentrieren, sie dürfen nicht mehr als maximal drei Vorschläge haben, sie müssen beim Schlüsselthema genau sagen, wie man es umsetzt und so weiter.

Das hatte sich Juncker sicherlich anders vorgestellt. Stattdessen hat er vor allem Kritik einstecken müssen.

Weidenfeld: Juncker hat mit seinen wichtigsten Themen vor allem Proteste provoziert, indem er gesagt hat, wer jetzt alles beim Euro dazukommen soll. Das sind währungsschwache Länder. Bei Schengen sei das dringendste Thema, dass Rumänien und Bulgarien dabei sein soll-



Die Europäische Union braucht neue Strategien und Ziele.

FOTOS: DPA

ten. Eine andere Sache geht dabei etwas unter: die Fusion der beiden Spitzenämter des Kommissionspräsidenten und des Ratspräsidenten. Wenn man allerdings diese Machtarchitektur verändern will, dann muss man ein genaues Implementationskonzept dafür haben.

Macron wird da etwas konkreter.

Weidenfeld: Macron hat sich etwas stärker konzentriert, nur würde ich sagen, der Zeitpunkt ist angesichts der Regierungsbildung in Deutschland nicht gerade optimal. Europa müsse neu gegründet werden, sagt er. Das ist besser, als wenn jemand fordert, Europa abzuschaffen. Was als Schlussfolgerung aus beiden Reden zu ziehen ist, und bei Macron wird es etwas deutlicher als bei Juncker, das ist, dass wir es in der Zukunft mit zwei Megathemen in Europa zu tun haben. Neben den Dingen des Detail-Krisenmanagements und dem Brexit, der uns als Thema länger erhalten bleibt, ist das der künftige politische Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, also die in Maastricht geplante Wirtschafts- und Währungsunion. Das gilt es auszubauen und zu intensivieren.

Das zweite Thema?

Weidenfeld: Das ist die Sicherheitsunion. Dazu hat Macron ebenfalls Vorschläge gemacht. Dazu muss man die Bevölkerung noch nicht einmal überreden, denn auf Platz 1 bei Umfragen, wozu Europa gebraucht werde, steht die Sicherheitsunion, also die Sicherheitsfrage.

Da hat sich schon etwas getan in den letzten Monaten, dennoch erweckt das alles den Eindruck, man eiert herum.

Weidenfeld: Was wir dafür brauchen, ist eine Art von Strategiekultur. Auch bei uns in Deutschland. Wo haben wir die jetzt? Fragezeichen! Diese hatten wir in der 50-, 60- und 70-Jahren gehabt. Das fehlt jetzt. Wenn ich Verantwortung tragen würde in

der deutschen Außenpolitik und bei Deutschlands Schlüsselstellung, würde ich eine Strategiekultur entwickeln und eine Strategieelite aufbauen.

Was heißt das?

Weidenfeld: Sie müssen gewissermaßen Kreise aufbauen, die genau diese strategische Fragestellung umfasst. Also, wie gehe ich jetzt mit China um, mit wem rede ich da zum Thema X. Ich würde beispielsweise mit dem Bereich der Handlungsfähigkeit Europas anfangen, Konzepte entwickeln. Dann der transatlantische Bereich. Trump war ein Weckruf. Amerika sagt, kümmert euch mal selbst darum. Total neu ist das aber nicht. 1991 war das ein Thema zwischen Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Bush senior. Kohl prophezeite einen großen Balkankrieg und forderte die Amerikaner auf, das zu verhindern. Bush antwortete, die Europäer sollten sich doch selbst darum kümmern, das sei eine europäische Angelegenheit. Doch bis heute sind wir Europäer noch nicht wirklich allein handlungsfähig.

»Trump ist schlicht unberechenbar«

Welche weiteren strategischen Kreise würden sie aufbauen?

Weidenfeld: Dasselbe Vorgehen benötigt man zur Fragestellung, wie gehen wir mit der neuen weltpolitischen Architektur um? Also mit China, Indien, Japan. Dann will ich vor der deutschen und europäischen Außenpolitik wissen, wie wir in den unübersehbaren Konflikten Nordkorea, Irak, Mittlerer Osten, Stabilisierung Afrika und so weiter vorgehen sollten. Wenn wir diese Fragen interessierten Mitbürgern stellen, werden sie sagen, da kann ich ihnen keine Antwort geben. Und

unsere Politiker bleiben im Diffusen. Ein riesiges Dilemma.

Wer soll das umsetzen?

Weidenfeld: Dazu brauchen wir Initiatoren wie Deutschland und Frankreich. Wir können uns nicht hinsetzen und warten, bis Malta vielleicht mal etwas dazu sagt. Natürlich brauchen wir immer auch den europäischen Kontext. Ich brauche aber auch selbst eine Position, die ich dann europäisieren will und eine Strategie, mit wem und in welchem Gremium ich darüber sprechen will. Ich bedaure, dass wir, obwohl wir mit Federica Mogherini eine EU-Außenbeauftragte haben und obwohl wir inzwischen einen eigenen diplomatischen EU-Dienst haben, das alles noch nicht geschafft haben.

Wie wird sich das euro-atlantische Verhältnis mit Donald Trump als US-Präsidenten entwickeln?

Weidenfeld: Trump ist schlicht unberechenbar. Solange er im Amt ist, ist das so. Sobald ein Nachfolger – sagen wir mal – professioneller Art im Amt ist und auch das ganze Umfeld wieder professionell aufgebaut ist, wird sich das alles wieder rationalisieren. Dass es wieder ganz so warmherzig wie in früheren Jahrzehnten sein wird, davon gehe ich nicht aus. Dazu fehlt beiderseits des Atlantiks ein präzises gemeinsames Feindbild. Insofern stehen wir da unter größerem Deutungs- und Erklärungsdruck. Das wird die Herausforderung sein. Ich bin darüber aber nicht traurig. Diese Herausforderung ist so etwas wie ein Reifungsprozess.

Wie entwickelt sich das deutsch-atlantische Verhältnis?

Weidenfeld: Ähnlich wie das europäisch-atlantische Verhältnis. Wir haben da eine Unterfütterung durch gewachsene ökonomische Kooperationsverhältnisse. Ich glaube nicht, dass das in den nächsten Jahren total zerstört wird, denn da gibt es nach wie vor auf beiden Seiten ein Interesse am Erhalt. Wir haben einen kulturellen Fundus, wissenschaftliche Kooperationsverfahren, historische Erinnerungen. Doch das alle muss in strategisch-operative Sachverhalte umgesetzt werden. Das ist die eigentliche Aufgabe.

Noch ein Wort zu den Bremsern und Verweigerern in der EU. Ich meine vor allem Polen und Ungarn.

Weidenfeld: Das ist auch so ein Thema, für das man eine Strategie entwickeln muss. Also, wie geht man in der EU mit entsprechenden Blockierern wie Polen und Ungarn um? Bisher laufen die entsprechenden EU-Verfahren in einer sehr behutsamen Form ab. Die vertraglich vorgesehenen Verfahren sind auf den Weg gebracht. Das wird demnächst in eine ernstere Phase treten – und die müssen wir schlicht durchstehen. (GEA)

ZUR PERSON

Prof. Dr. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung und Professor für Politische Wissenschaft an der Uni München. Von 1987 bis 1999 war er Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. (GEA)

Parteien – Dem vom Wähler abgestraften Spitzenkandidaten Martin Schulz stehen noch unruhige Zeiten bevor

In der SPD grummelt es

VON TIM BRAUNE

BERLIN. Öffentliche Ratschläge von Altvorderen und Parteirettern sind in der verwundeten SPD gerade so willkommen wie ein Überraschungsbesuch der buckligen Verwandtschaft. Gerhard Schröder (73), Franz Müntefering (77), Klaus von Dohnanyi (89). Große, verdienstvolle Namen aus glanzvolleren sozialdemokratischen Zeiten. Wenige Tage nach der historischen Wahlpleite mäkeln sie nun an der Neuaufstellung der Partei herum und verstärken damit die mühsam unter der Decke gehaltene Unruhe.

Altkanzler und Russland-Lobbyist Schröder grummelt, es sei nicht gerade vernünftig gewesen, am Wahlabend um 18.01 Uhr die Große Koalition sofort zum No-Go zu erklären. »Münste« meckert, Partei- und Fraktionsvorsitz müssten in der Opposition in einer Hand liegen – und

wird Gesicht und markante Stimme der neuen SPD im Bundestag sein. Einen Vorgeschmack lieferte sie, als sie der Union – untermal mit ihrer dröhnenden Lache – ankündigte, ab jetzt »kriegten sie in die Fresse«.

Der Dritte im Bunde der prominenten Zaungäste, Hamburgs früherer Bürgermeister Dohnanyi, ein enger Freund der Kanzlerin übrigens, hat Schulz längst abgeschrieben. Der habe keine Ahnung und werde die Probleme nicht lösen. »Er kann das nicht, er sollte zurücktreten und den Platz für jüngere Leute frei machen.« Genau das werde nicht passieren, versichert die Führungsmannschaft seit Sonntagabend unisono. Auch Nahles betont am Dienstag nach ihrer Kür mit starken 90 Prozent, sie werde im »Teamplay« mit Schulz die SPD aufbauen. Es gebe für beide genug zu tun. Die 47-jährige pragmatische und machtbewusste Parteilinke aber

wird Gesicht und markante Stimme der neuen SPD im Bundestag sein. Einen Vorgeschmack lieferte sie, als sie der Union – untermal mit ihrer dröhnenden Lache – ankündigte, ab jetzt »kriegten sie in die Fresse«.

Schulz fehlen die Truppen

Schulz wiederum hat nach über 20 Jahren in Brüssel formal keine Truppen in der Partei. So düpierte ihn gerade der konservative »Seeheimer Kreis«, ließ seinen Kandidaten für den Posten des Fraktionsmanagers, Hubertus Heil, durchfallen. Dabei zählt Schulz selbst zu den Seeheimern. Man muss das alles nicht überbewerten. Bei einem Ergebnis von 20,5 Prozent wäre es seltsam, wenn es in der SPD nicht ruckeln würde.

In gut zwei Wochen (15. Oktober) wird schon wieder gewählt. Sollte die SPD in

Niedersachsen den nächsten ihrer Ministerpräsidenten (Stephan Weil) in einem großen Flächenland verlieren, könnte das zentrale Argument für die Nibelungen-treue zu Schulz allmählich hohl klingen: der frühere »Gottkanzler« werde von der SPD-Basis nach wie vor geliebt. Ein Vorgesetzter, der seiner Partei keine Siege verspricht, dürfte es über kurz oder lang schwer haben. Im Dezember wird beim Parteitag in Berlin eine neue Führung gewählt. Würde Schulz fallen, müssten Nahles, Olaf Scholz und Manuela Schwesig die Nachfolge unter sich ausmachen.

Während Angela Merkel in Hildesheim schon Wahlkampf machte und insgesamt sechsmal in Niedersachsen auftreten wird, erholt sich Schulz erst einmal in Würselen von den Strapazen des Höllenritts Wahlkampf. Sein nächster öffentlicher Termin ist bislang für den 8. Oktober geplant. (dpa)